NIEDERSCHRIFT UDF/004/2015

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 18.08.2015 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brockamp

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters
Frau Sarah Bosse
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Andreas Groll	
Frau Michaela Hartstock	Vertretung für Herrn Andreas Ueding
Frau Bernadette Branse	
Frau Dr. Anne-Monika Spallek	Vertretung für Herrn Thomas Lasrich

Von der Verwaltung:

Frau Marion Lammers	
Herr Gerd Mollenhauer	
Herr Holger Dettmann	bis einschl. TOP 3.
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Herr Brockamp stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Umgang mit Verschattungen von Photovoltaikanlagen durch städt. Bäume

Herr Flüchter hält die vorgeschlagene Regelung für zu stringent und schlägt vor, im Beschlussvorschlag die Formulierung „Gesunde Bäume“ durch „Baumstandorte“ zu ersetzen.

Herr Kösters kann sich dem Verwaltungsvorschlag anschließen, wirft

aber die Frage auf, ob künftig in Neubaugebieten nur noch solche Bäume ausgewählt und gepflanzt würden, die nicht so hoch wachsen.

Herr Mollenhauer antwortet, dass die Auswahl der Bäume in Neubaugebieten ohnehin im Einvernehmen mit den Bürgern erfolge.

Herr Walbaum begrüßt den Verwaltungsvorschlag, wobei man sicher auch die Formulierung „Baumstandorte“ verwenden könnte. Stutzig mache ihn allerdings, dass einige Bürger selbst Hand anlegten. Dadurch werde öffentliches Eigentum verletzt. Das sollte verfolgt werden. Außerdem würde er es bedauern, wenn in Zukunft in Neubaugebieten die Anzahl der Bäume geringer ausfalle.

Herr Dettmann erinnert mit dem Verweis auf die Buchenstraße daran, dass damals einfach Baumreihen gepflanzt wurden. Heute würden dagegen Bäume nur an ausgewählten Standorten gepflanzt, wo sie auch wachsen könnten.

Frau Branse schlägt eine Konkretisierung des letzten Satzes des Beschlussvorschlages vor: statt „fällt“ sollte es heißen „fallen kann“. Außerdem sollte danach in Klammern ergänzt werden „(durch richtige Standortwahl und Auswahl der Baumgröße)“.
Des Weiteren wolle sie wissen, wer entscheide, ob tatsächlich ein Baum das Problem sei. Es gebe Erkenntnisse, wonach die Effizienz von Photovoltaikanlagen besser sei, wenn sie im Westen oder Osten aufgestellt seien und nicht im Süden. Außerdem könne man, wenn es zu Verschattungen komme, die Modulreihen auch trennen. Also müsste doch eine genaue Prüfung vorgenommen werden.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die richtige Standortortwahl und Auswahl der Baumgröße zur Vermeidung von Verschattungen selbstverständlich seien. Des Weiteren gebe er zu bedenken, dass der Aufwand für ein Gutachten nicht gerechtfertigt wäre. Die Entscheidung, ob ein Baum beschnitten oder die Photovoltaikanlage geändert werden müsse, sollte davon abhängig gemacht werden, was zuerst da gewesen sei.

Herr Flüchter und Frau Dr. Spallek machen deutlich, dass ihnen die vorgeschlagene Regelung so zu dünn sei. Frau Dr. Spallek schlägt vor, für einen entfernten Baum an einem anderen Standort zwei neue gleichartige Bäume zu pflanzen.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass Alternativstandorte nicht einfach zu finden seien.

Herr Walbaum befürchtet, dass dann die Innenstadt auf Dauer „baumlos“ werden könnte, weil die Bäume im Außenbereich gepflanzt werden. Des Weiteren wolle er wissen, ob der Ausschuss oder die Verwaltung über Ausnahmen von der grundsätzlichen Regelung entscheide.

Herr Mollenhauer erläutert daraufhin, dass eine konkrete Anfrage vorliege, weil ein Baum die Photovoltaikanlage bei tiefstehender Sonne im

Winter beeinträchtige. Darüber hinaus seien zwei Fälle bekannt, in denen die Bürger städt. Bäume beschnitten hätten. Die Verwaltung könnte auf Grundlage einer hier getroffenen Regelung entsprechend handeln. Er halte es nicht für erforderlich, mit jedem Einzelfall in den Ausschuss zu gehen.

Nach weiterer Erörterung merkt Frau Bosse an, dass sie sich dem Beschlussvorschlag anschließen könnte und die von Frau Branse vorgeschlagene Modifizierung vorgenommen werden sollte.

Herr Flüchter beantragt, die Formulierung „Gesunde Bäume“ zu ersetzen durch „Baumstandorte“
Dem Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss fasst schließlich folgenden

Beschluss:
Bei einer Konkurrenz zwischen Bäumen und Photovoltaikanlagen wird wie folgt verfahren:
Baumstandorte, die zum Zeitpunkt der Errichtung einer Photovoltaikanlage vorhanden sind, werden erhalten. Allenfalls geringe Rückschnitte durch die Stadt werden zugelassen.
Werden Bäume nach Installation einer Photovoltaikanlage gepflanzt, gewährleistet die Stadt, dass seitens der städt. Bäume kein Schatten auf die Photovoltaikanlage fallen kann.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag gem. § 24 GO NW des NABU und des BUND vom 10. Februar 2014
hier: Erstellung eines Maßnahmenkataloges auf dem Gebiet der Stadt Billerbeck

Herr Dettmann stellt Bezug nehmend auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage heraus, dass das Schneiden der Bankette in diesem Jahr nicht effizient gewesen sei. Sinnvoll wäre ein erster Schnitt im Mai und ein zweiter im Herbst.

Herr Flüchter konstatiert, dass ein behutsames Vorgehen sicherlich mit Erschwernissen verbunden sei und eine maschinengerechte Gestaltung der Landschaft immer einfacher sei. Extrem negativ habe er die Vergabe des Heckenschnitts an Fremdfirmen empfunden. Bei einer fachgerechten Heckenpflege würden Hecken abschnittweise auf den Stock gesetzt. Die Firmen müssten sensibilisiert werden. Bei den Banketten sei man auf dem richtigen Weg. Er sei gespannt, wie sich das im nächsten Jahren entwickle. Nachteilig könnte sein, dass die Eigentümer vorab tätig werden, wenn seitens der Stadt erst nach der Vegetationsperiode geschnitten werde. Deshalb sei Aufklärung wichtig. Positiv aufgenommen habe er, dass sich die Verwaltung vom LANUV beraten lasse. Schließlich rege er an, im innerstädtischen Bereich z. B. vor der LAWI und auf Schulhoffläche Bestände zuzulassen und nur Rand- und Wegebereiche zu

schneiden.

Frau Dr. Spallek macht deutlich, dass insbesondere der Bereich hinter der Bankette bis zum Acker für die Artenvielfalt wichtig sei und zum Blühen gebracht werden müsse. Dieser Bereich dürfe deshalb erst Mitte September geschnitten werden. Viele Landwirte würden hier viel eher mähen.

Herr Brockamp erinnert daran, dass es heute darum gehe, die Maßnahmen zur Kenntnis zu nehmen und weiter hieran zu arbeiten.

Herr Kösters meint, dass man sich mit der Weiterbildung beschäftigen müsse und sich auch mit dem LANUV zusammensetzen sollte. Wichtig sei aber, dass die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkomme. Der Bereich vor und nach Grundstückszufahrten müsse freigeschnitten werden. Im Übrigen habe das späte Schneiden an Kreisstraßen zu erheblichem Konfliktpotential mit Tieren geführt, weil sie unverhofft auf die Straße springen ohne dass sie vorher gesehen würden. Zudem müssten die Busstrecken häufiger geschnitten werden. Schulkinder, die an der Straße entlang zur Bushaltestelle laufen, würden sonst nicht gesehen. Letztlich wolle er wissen, welche Kosten für die von der Verwaltung angesprochenen zusätzlichen Geräte anfallen würden.

Herr Dettmann teilt mit, dass die genauen Kosten noch nicht ermittelt wurden.

Frau Bosse hält es für selbstverständlich, dass die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommt. Hinweisen wolle sie aber auf die innerstädtischen Flächen, wie die kleinen Rasenflächen in den Kreisverkehren und einige Randstreifen an innerstädtischen Straßen. Die Anwohner im Oberlau hätten sich z. B. gewundert, warum an den dortigen Kreisverkehren noch keine Blumen blühten.

Herr Dettmann teilt mit, dass im nächsten Jahr auf städt. Flächen im Innenstadtbereich noch mehr Blumen ausgesät würden. Ansonsten sei man bemüht, die Anlieger mit Patenschaften zu beteiligen.

Frau Branse hält es für erforderlich, über die Presse publik zu machen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Artenvielfalt zu erhöhen. Den Bürgern sollte deutlich gemacht werden, dass nicht immer alles ordentlich sein müsse.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass die Meinungen über die Gartengestaltung auseinandergingen und man das auch akzeptieren müsse.

Herr Flüchter pflichtet dem bei. Hinsichtlich der Hausgärten könne man nur an die Eigentümer appellieren, diesen naturnah zu gestalten. Aber grundsätzlich könne man im Außenbereich naturnahe Flächen fördern und auf der anderen Seite auch aktiv werden und z. B. auf Verkehrsinseln Blumen aussäen. Ein gutes Beispiel sei in dieser Hinsicht Versmold.

Frau Dr. Spallek betont, dass Anwohner den Streifen bis zum Acker nicht mähen dürften. Dies geschehe sicherlich häufig aus Unwissenheit. Deshalb sei Aufklärung und Information wichtig.

Herr Mollenhauer stellt die Überlegung an, dass evtl. die Garten- und Blumenfreunde eine Informationsveranstaltung über eine naturnahe Gartengestaltung durchführen könnten.

Herr Flüchter regt an, Kontakt mit den Landwirtschaftlichen Ortsverbänden aufzunehmen und die Landwirte zu bitten, später zu mähen oder auch Teilflächen stehen zu lassen.

Herr Groll fasst zusammen, dass die Verwaltung also eine Informationspolitik betreiben soll und genau das auch in der Sitzungsvorlage stehe.

Schließlich nimmt der Ausschuss die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Maßnahmen zur Kenntnis.

3. Baumfällarbeiten im Berkelquellbereich im Winter 2015/2016

Herr Dettmann informiert die Ausschussmitglieder über einen Hinweis von Herrn Hein, wonach bereits in einem Gutachten aus 1997 die Beseitigung der Pappeln als ökologisch sinnvoll erachtet wurde.

Herr Flüchter hält das Entfernen der Pappeln für nachvollziehbar. Damit werde den Erlen auch mehr Raum gegeben. Er bitte aber darum, Totholz liegen zu lassen und einige 4 – 5 m hohe Stämme stehen zu lassen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:
Die Fällarbeiten zur Entfernung der 20 Pappeln am Parkplatz im Berkelquellgebiet werden an eine externe Firma im Spätherbst/Winter 2015/2016 vergeben.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. März 2015
hier: Nutzung von Laub-, Holz- und anderen biologischen Abfällen

Herr Flüchter bezeichnet es als befremdlich, dass große Laubmengen als Restmüll entsorgt werden. Man sollte an dem Thema wie in der Sitzungsvorlage beschrieben dran bleiben, mit Nachbarkommunen sprechen und mit Firmenanbietern Kontakt aufnehmen. Auch würde er es begrüßen, wenn das Vorhaben als Leader-Projekt vorgeschlagen werde.

Herr Mollenhauer erklärt, dass das Projekt in den Leader-Prozess eingebracht werden könne, man dann aber sehen müsse, wer die Anlage betreibe und wie sie betrieben werden könne. Bisher sei die Wirtschaftlichkeit noch nicht bewiesen.

Frau Branse hält eine Untersuchung der Energiebilanz für erforderlich. Für die Trocknung des Laubs müsse schließlich auch Energie aufgewandt werden. Außerdem sei es neu für sie, dass Laub mit dem Restmüll entsorgt werde.

Herr Kösters führt aus, dass das Vorhaben ja nicht von heute auf morgen umgesetzt werden müsse und sich eine Anlage vielleicht in einiger Zeit rentiere. Falls aber eine Anlage errichtet werde, dürfe diese nicht in Konkurrenz zur Kompostieranlage des Kreises Coesfeld stehen.

Herr Walbaum warnt vor einem Pilotprojekt in Billerbeck. Wirtschaftlich sei eine Anlage nur, wenn die Wärme auch genutzt werden könne. Das sei aber problematisch, weil es kein Netz gebe, in das eingespeist werden könne. Auf keinen Fall dürfe eine Konkurrenz zum Kreis Coesfeld entstehen.

Herr Flüchter merkt an, dass eine Anlage wirtschaftlich sein müsse und auch die Energiebilanz stimmen müsse. Eine weitere Betrachtung müsse vorgenommen werden.

Herr Brockamp fasst zusammen, dass die Verwaltung am Ball bleiben, aber Billerbeck keine Vorreiterrolle einnehmen soll.
Herr Mollenhauer ergänzt, dass das Vorhaben in den Leader-Prozess eingebracht werden könne. Er sehe aber nicht die Stadt Billerbeck als möglichen Maßnahmenträger.

5. Einführung einer Duotonne

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Lammers nehmen die Ausschussmitglieder die Information zur Kenntnis.

6. Mitteilungen

Keine

7. Anfragen

7.1. Plastiktütenfreie Stadt - Frau Bosse

Frau Bosse erkundigt sich zum Stand der Dinge hinsichtlich der Umsetzung zur plastikfreien Stadt.
Herr Mollenhauer verweist zur Beantwortung auf den zuständigen Fachbereich.

7.2. Zurückschneiden der Rosen am Baugebiet Gantweger Bach - Frau Bosse

Frau Bosse erkundigt sich, warum die Rosen am Zaun zum Baugebiet Gantweger Bach so früh zurückgeschnitten wurden.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Rückschnitt von Bauhofmitarbeiten nicht mit der Hand, sondern mit Geräten durchgeführt wurde. Er müsse nachfragen, ob die Arbeiten unsachgemäß ausgeführt worden seien.

7.3. Sanierung der Darfelder Straße - Herr Kösters

Herr Kösters fragt nach, wann mit der Sanierung der Darfelder Straße begonnen werde. Der Landesbetrieb habe doch versprochen, dass es keine Winterbaustelle werden soll.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass es Verzögerungen gegeben habe und die Ausschreibung zurzeit laufe. Es sei beabsichtigt, im Oktober mit den Bauarbeiten zu beginnen. Während der Bauzeit müsse gewährleistet sein, dass alle Grundstücke angefahren werden können.

Karl-Heinz Brockamp	Birgit Freickmann
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin